

Halbische Zeitung

vorm. im G. Schweiflücke'schen Verlage. (Halbischer Courier.)

Abonnement-Preis pro Quartal 3 Mark.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halbische Zeitung.

Dalle, Donnerstag, 24. April.

Verantwoertl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhard.

Insertionsgebühren für die halbjährliche Seite oder deren Raum 18 M., 15 M. für drei u. u. Red. Bz. Verlags-Reclamen an der Spitze des Zeitungshefts pro Seite 40 Pf.

1884.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner X-Correspondent schreibt uns heute: Der Reichstag und das Abgeordnetenhaus haben ihre Arbeiten von Neuem begonnen. Das letztere wird vorläufig etwas in den Hintergrund treten, wenn auch die dritte Beratung der Jagdordnung von größterem politischen Interesse sein wird...

Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes angenommen, wonach der Ortswahl des Gesetzes vom 31. Mai 1877 betreffend die Vererbung eines Teiles des Reingewinns aus dem von dem Großen Generalhändler...

Das 8. Reichsgericht bei dem Abgeordnetenhaus eingegangenen Resolutionen ist jetzt im Druck erschienen. Dasselbe enthält 428 Resolutionen, von denen 27 der Reichskommission, 7 der Jagdkommission, 8 der Justizkommission, 4 der Gemeindekommission...

Ueber den Stand der parlamentarischen Arbeiten des Abgeordnetenhauses bei Beginn des neuen Sessionsabschnittes äußert sich der „N.N.“ u. A. „An der Spitze dieser scheinlich noch zu erledigenden Regierungsvorlagen stehen die beiden Steuergeetze, der über die Reform der Klassen- und Einkommensteuer...

Der Zentralverband deutscher Industrieller zur Beförderung und Wahrung nationaler Arbeit beruft zum 14. Mai eine Generalversammlung seiner Mitglieder nach Berlin, welche sich zu einer impetuanten Rundgebung der deutschen Industrie gestalten dürfte.

In dem Einladungs Schreiben heißt es: Der Zentralverband deutscher Industrieller hat die von der deutschen Reichsregierung angebotene Arbeiterwohlfahrtsgehebe von Anfang an dringend behauptet und beantragt gewesen, diese Gehebe so zu gestalten, daß sie den wichtigsten Erfolg bezüglich der Wahrung oder Wiederherstellung des vielfach gefährdeten sozialen Friedens auch wirklich erreichen...

Die Untlage des Zentralverbandes haben nicht überall die im Interesse der Sache gebotene Verzichtigung gefunden, insbes. der jetzt dem Reichstage vorgelegte Gehebenentwurf über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter...

Am Ansluße an die aus den verschiedenen Kreisen des Zentralverbandes dem Directorium ausgesprochenen Ansichten hat daselbst hiermit die Entscheidung über die oben bezeichneten Punkte am 14. Mai dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, im Redoute-Saale zu Berlin W., Wilhelmstraße Nr. 91 u. 92, für erforderlich gehalten, damit die deutsche Industrie über ihre Stellung zu der vorliegenden Frage ein offenes und sachverständiges Gutachten abgeben könne...

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist der Gehebenentwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter. Referent: Herr Geheimrat Finanzrat Jendte aus Essen, Vorsitzender der Krupp'schen Verwaltung.

Es sind alle direkten und indirekten Mitglieder des Verbandes eingeladen, sich, wenn irgend möglich, an dieser Versammlung zu beteiligen.

Die „N. N.“ bestätigt die Nachricht von der Entsendung des Dr. Nachtigal nach der Westküste Afrikas und bemerkt dazu, daß derselbe vom Auswärtigen Amt kommissionirt mit der Aufgabe betraut worden sei, durch Verwirklichung der vorhandenen Informationen die Grundlage für die Beschaffung über die Organisation einer zweckentsprechenden konsularischen Vertretung zu gewinnen...

winnen und inzwischen die vorhandenen Interessen der Angehörigen des Reichs zu vertreten und zu fördern. Zugleich ist auf Antrag des Auswärtigen Amtes die dauernde Stationierung von Kriegsschiffen in den westafrikanischen Gewässern in Aussicht genommen und einmündet S. M. Rdt. „Möge“ zur Unterstützung der Aufgaben des kommissionirten Kaiserlichen Generalkonsuls in Dienst gestellt werden. Die „Möve“ wird gegen Ende dieses Monats in Wilhelmshafen eintriften, um dort, wie bereits gemeldet, den Dr. Nachtigal und seine Begleiter, den bekannten Schriftreferenten Dr. Buchner und den bisher bei dem Generalkonsulat in London beschäftigten Kanzleireferent Moebius, an Bord zu nehmen.

Mit dem gestern mitgetheilten diktautorischen Ausspruch Eugen Richters ist dem Briefe an einen Parteigenossen in Hagen über die Verpflichtung der Mitglieder der „Freiwilligen Partei“ zur Verwerfung des Sozialistengesetzes auf Grund der darauf bezüglichen Bestimmung des Parteiprogramms ist die Geltendmachung gegenseitiger Aufkassungen keineswegs verflummt, — ein Zeichen, daß die Autorität des Diktators im Wanken begriffen ist. Die „Liberala Correspondenz“ verzeichnet an die ehemals freijugendlichen Blätter folgendes Telegramm: Die „Frankfurter Zeitung“ behauptet, Mommsen habe den Eintritt in die Deutsche Freijugend Partei davon abhängig gemacht, daß den Mitgliedern die Abstinenz über das Sozialistengesetz ertheilt werde, was auch geschehen ist.

Die „Frankfurter Zeitung“ war bekanntlich dasjenige Blatt, welches vor wenigen Tagen den Brief Mommsen's an seine Wähler mit seiner vielbesprochenen Erklärung, für die Verlängerung stimmen zu wollen, veröffentlichte.

Wie die „Nat. Z.“ meint, stimmen etwa 15 Mitglieder der „Freiwilligen Partei“ der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu; dieselben werden indessen nie man glaubt, bis auf einige Wenige bei der Abstimmung den Saal verlassen. Wodurch ein trautes Zeichen von „Uebereinstimmung“. Wir dürfen gespannt darauf sein, ob sich unter Reichstagsabgeordneter unter diesen wenigen, welche trotz der Diktatur des Herrn Richters sich für das Gesetz entziehen, befinden, oder ob er sich bei dieser wie bei der Abstimmung über die Staatsbahnfrage „andersno“ aufhalten wird. Endlich heißt es mit Bestimmtheit, daß ein sehr großer, wenn nicht überwiegende Theil des Centrums für die bedingungslose Annahme des Sozialistengesetzes votiren wird. Die Kommission dürfte noch vor Ende dieser Woche ihre Arbeiten zum Abschluß bringen und das Plenum die Entscheidung in der ersten Mainwoche treffen.

Aus Anlaß eines Spezialfalles wird von amtlicher Seite neuerdings darauf hingewiesen, daß durch die Reichsgerichtsordnung in ihrer jetzt gültigen Fassung besonders ausgezeichnete Urkunden zur Legitimation bezogen für das Deutsche Reich ausgefertigten Gewerbebetriebe wollen, nicht vorgehalten sind. Solche sind auch nicht erforderlich, daß die fraglichen Persönlichkeiten meistens in der Nähe ihres Wohnortes handeln, mithin den Polizeibehörden in der Regel bekannt sein werden, event. aber durch die Freigeizigkeit über ihre Anmeldung zum stehenden Gewerbebetriebe oder auf sonstige Weise der nach § 3 des Gesetzes über das Patheum von 12. October 1867 allgemein eingeführten Verpflichtung der Ausweisung über ihre Person werden genügen können. Sind aber dieselben dazu nicht im Stande, so ist es ihnen unbenommen, sich die zur Legitimation der Person dienenden polizeiliche Urkunden (Paß etc.) oder sonstige geeignete polizeiliche Atteste zu verschaffen. In wie weit die Ausstellung solcher Urkunden, unterliegt dem Ermessen der dazu anzuwendenden nächstzuständigen Polizeibehörde im einzelnen Falle. Die Ertheilung von Wandergewerbe- und Legitimationscheinen im Sinne des § 58 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 durch die untere Verwaltungsbehörde ist laut § 61 der Novelle vom 1. Juli 1883 nicht mehr zulässig.

Die am Montag Abend in Wien in der Hofstall des neuen Rathhauses stattgehabte Volksversammlung nahm eine Resolution des Inhaltes, daß es Pflicht der Reichsvertretung sei, die Verstaatlichung der Nordbahn durchzuführen. Der Vorsitzende der demokratischen Partei, Gemeinderath Lueger, der diese Resolution proponierte und motivierte, formulirte den Kern der Frage dahin, ob der Staat das Kapital oder das Kapital den Staat beherrschen solle. Er berief sich auf den Fürsten Bismarck, von dem er sagte, daß er an Geistesgröße und Willenskraft alle Lebenden und die meisten Großen der Vergangenheit übertrafe, daß er wohl in den erregenen Vorlesern ausruhen könnte, aber noch im Alter nicht des armen Volkes vergeße. Fürst Bismarck habe mit klarem Blick erkannt, daß alle Anstalten, welche dem allgemeinen Interesse dienen, der Privat speculation entrückt sein müßten. Lueger fügte aus, daß, wenn die vereinigte Link in dieser Frage einmüthig aufträte, sie den Staat in ihre Fänge knüpfen werde, denn die Merikalen müßten in dieser Sache zu ihr halten. Doktor Stall, der für die Nordbahn eintreten wollte, wurde nicht angehört. Darauf haranguirte Schoenerer den Vorleser und suchte die Verammlung zu energischer Parteinehme zu reizen. Wenn in dieser Frage die Bevölkerung nicht reagire, dann wäre der Beweis hergestellt, daß Oesterreich nicht ein Staat von Deutschen und Slaven, sondern von Mischblut und Genossen sei. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Kund





